

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Andreas Fischer, Dr. Annette Bulfon, Tobias Thahammer, Prof. Dr. Georg Barfuß, Julika Sandt, Dr. Otto Bertermann, Jörg Rohde** und **Fraktion (FDP)**,

Oliver Jörg, Bernd Kränzle, Petra Dettenhöfer, Karl Freller, Dr. Thomas Goppel, Walter Nadler, Roland Richter, Walter Taubeneder CSU

Weitere Förderung der Nanotechnologie in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu berichten,

- inwieweit eine gezielte KMU-Förderung im Bereich der Nanotechnologie dazu beitragen kann, KMU („Kleine und mittlere Unternehmen“) und Startup-Unternehmen in Bayern angesichts eines sich verschärfenden internationalen Wettbewerbs weiter zu stärken,
- ob zusätzliche Ressourcen für die Risikoforschung bereit gestellt werden können, um eine nachhaltige Analyse aller Vorteile und Risiken der Nanotechnologie zu ermöglichen und
- ob und wie begleitende Dialogaktivitäten mit Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft, wie z.B. Zielgruppdialoge, Bürgerkonferenzen oder Onlinedialoge, ausgebaut werden können, mit dem Ziel, die Dialogergebnisse strategisch zu bündeln.

Begründung:

Bei rund 80 Prozent der Nanotechnologieunternehmen handelt es sich um KMU („Kleine und mittlere Unternehmen“) und Startup-Unternehmen. Die mit Spitzenforschung verbundenen Risiken und hohen finanziellen Aufwendungen für kostspielige (Groß-)Geräte sind für diese Unternehmen oft nur schwer aufzubringen.

Zusätzliche Fördermittel für die Risikoforschung sollen es ermöglichen, im Sinn einer nachhaltigen Technologieentwicklung schnell zu Ergebnissen zu kommen.

Für die Akzeptanz in der Bevölkerung ist es wichtig, dass die Bevölkerung mit sachgerechten Informationen zur Nanotechnologie und ihrer Begleitforschung versorgt wird. Die Dialogergebnisse sollten unter dem Dach einer High-Tech-Strategie zusammengeführt werden, die das Ziel hat, einen hohen öffentlichen Bekanntheitsgrad zu erreichen und größtmögliche Transparenz zu schaffen. Einerseits kann so allen am Bereich der Nanotechnologie interessierten Gruppen eine Partizipation ermöglicht werden. Andererseits können die Dialogergebnisse im Sinn von Handlungsempfehlungen für die Politik zusammengeführt werden.